

Unanständig – kein Geld – unrealistisch

Bucek-Vorschlag zum Kauf von Flughafenanteilen durch Bayern stößt überwiegend auf Ablehnung

Von Michael Hudelist

Freilassing. Von „unanständiges Angebot“ bis „keine finanziellen Möglichkeiten“ reichen die ersten Reaktionen auf das Exklusiv-Interview mit dem ehemaligen Aufsichtsrat des Flughafens Salzburg, Anton Bucek. Wie in der Samstagsausgabe berichtet, hatte dieser den Vorschlag unterbreitet, Bayern möge sich am Flughafen beteiligen und ein konkretes Angebot von zum Beispiel 25 Prozent unterbreiten.

Bettina Oestreich als Vorsitzende des Schutzverbandes findet dieses Angebot „unanständig, die Freilassinger wollen ihr Recht bekommen und nicht über ein fragwürdiges Beteiligungskonzept Teil des Systems werden“. Ihrer Meinung nach ist eine ungerechte Lärmverteilung nach deutscher Rechtsauffassung rechtswidrig, weil sie dem Gleichheitsgrundsatz und dem Gleichheitsprinzip gemäß nationalem Recht und EU-Recht widerspreche. „Dem Verursacherprinzip folgend, müssten also 90 Prozent der Belastungen und damit 90 Prozent der Starts und Landungen komplett auf österreichischem Gebiet verbleiben“, so Oestreich in ihrer Reaktion. Die Salzburger Landesregierung solle dafür sorgen, dass Freilassing erkennbar entlastet wird.

Dass der Nordanflug auf den Flughafen nach Ansicht Buceks aus „Bequemlichkeit der Austro Control und der Piloten“ gewählt wird, lässt Oestreich ihren Vorschlag wiederholen, dass der Vertrag zwischen der Deutschen Flugsicherung und der Austro Control aufgelöst werden müsse, wonach die Austro Control allein für das deutsche Anfluggebiet zuständig ist. „Es muss endlich verbindliche Regeln für die Austro Control geben, wie sie im Pistennutzungskonzept als erste Maßnahme erarbeitet wurden“, so die Sprecherin des Schutzverbandes weiter. „Laut einem Vertreter der Deutschen Flugsicherung im technischen Ausschuss wäre



Trotz zahlreicher eher ablehnenden Reaktionen von bayerischer Seite vertritt Anton Bucek seinen „Bayern soll Anteile kaufen“-Vorschlag offensiv. So hat er unter anderem die bayerische Verkehrsministerin und den deutschen Verkehrsminister sowie das österreichische Außenministerium angeschrieben. – Foto: Michael Hudelist

noch wesentlich mehr Entlastung möglich.“ Man könnte sowohl die Regeln im Pistennutzungskonzept verschärfen als auch die codierten Routen gleichzeitig einführen. „Diese müssen dann natürlich auch von den Lotsen dem Piloten angeboten werden, womit ein großer Teil der Verantwortlichkeit wieder bei der Austro Control liegt.“ Für diese Lösung braucht es nach Ansicht Oestreichs keine politische Einigung zwischen Wien und Berlin, sondern die Betriebsführung und das Festlegen der Piste müssten nur von der Deutschen Flugsicherung gemeinsam mit der Austro Control gemacht werden.

Politik auf beiden Seiten „enttäuschend“

Im Interview hatte Anton Bucek der Politik vorgeworfen, sich in den Flughafen-Aufsichtsrat gedrängt und so Verbesserungen für den Norden verhindert zu haben, „Stöckl wird im Tennengau gewählt, wenn es da mehr Südanflüge gibt, dann ist da Feuer am Dach“, so Bucek. Für Oestreich passt diese Aussage auch in das

Bild, das sie von Stöckl hat. Der Landesrat habe im Januar in einem Interview gesagt, dass die Belastung im Süden auf einem minimalen Niveau gehalten werden solle. Das sei reiner Wählerstimmenfang gewesen.

„Enttäuschend ist, dass es die Lokalpolitik auf beiden Seiten der Grenze seit 40 Jahren nicht geschafft hat, eine verbindliche Regelung zur Verteilung der Flugbewegungen zu schaffen. Wenn diese Verhandlungen von beiden Seiten ernsthaft verfolgt worden wären, bräuchte es die Interventionen aus Wien und Berlin nicht“, glaubt Oestreich.

Im Bayerischen Verkehrsministerium reagiert man zurückhaltend auf den Vorschlag aus Salzburg. Für Beteiligungsfragen sei das Bayerische Finanzministerium zuständig, das Aigner-Ministerium kümmere sich um die Flugsicherheit.

Fest stehe, dass derzeit etwa 90 Prozent des kommerziellen Luftverkehrs am Flughafen Salzburg über den Norden abgewickelt werden, „wegen dieser deutlichen Ungleichverteilung der Flugbewegungen macht sich das Bayerische Verkehrsministerium für Verbesserungen stark“, so eine Sprecherin

des Ministeriums. Sie erinnert daran, dass die Austro Control im „Technischen Ausschuss“ ein Konzept mit einer technisch möglichen Verteilung von 77 Prozent (aus/in Richtung Norden) zu 23 Prozent (aus/in Richtung Süden) vorgestellt hat. „Wir setzen uns nachdrücklich für die Umsetzung dieses Konzepts ein. Ein wesentlicher Schritt dafür ist, dass die Konsultationsgespräche zwischen den Bundesverkehrsministerien fortgesetzt werden.“

Die Reaktion aus dem Landratsamt in Bad Reichenhall fällt kurz und knapp aus: „Der Landkreis Berchtesgadener Land hat aufgrund vielfältiger anderer Aufgaben und Verpflichtungen nicht die finanziellen Möglichkeiten zu einer Beteiligung am Flughafen Salzburg, ganz abgesehen von der Frage, ob Land und Stadt Salzburg dazu überhaupt bereit wären“, so der Sprecher des Amtes, Andreas Bratzdrum. Er bringt erneut eine Durchführungsverordnung ins Spiel, die „notfalls“ erlassen werden müsse, um eine gerechte Verteilung des Fluglärms zu erreichen.

Freilassings Bürgermeister Josef Flatscher äußert sich ebenfalls zurückhaltend. Die Gedanken

von Bucek seien zwar „interessant“, aber dass bayerische Gemeinden Anteilseigner am Flughafen würden, sei wenig realistisch. „Wir kämpfen seit vielen Jahren für eine Verbesserung der Fluglärmsituation auf bayerischer Seite und eine gerechtere Verteilung der An- und Abflüge. Dass dies nicht unbedingt an den technischen Möglichkeiten, sondern auch am Willen des Flughafens und dessen Eigentümern scheitert, wissen wir“, so Flatscher. Gerade deshalb arbeite Freilassing daran, dass aus der Drohung einer Durchführungsverordnung auch Schritte für eine konkrete Umsetzung folgten.

Der Auslöser der Diskussion, Anton Bucek, ist nach eigenen Aussagen überrascht über die vielen positiven Reaktionen, die er in Salzburg auf die Online-Ausgabe des Artikels gehabt habe. Ein ehemaliges Mitglied der Landesregierung habe ihm am Rande der Salzburger Festspiele zu seinen Bemühungen um den Airport gratuliert. „Wegen des Artikels im Freilassinger Anzeiger habe ich lediglich in einer SMS den Vorwurf erhalten, dass dann vermehrt Flüge über das Haus des Absenders fliegen werden. Das war mir klar, und es wird auch vermehrt Kritik aus Salzburg kommen, aber das müssen die Salzburger aushalten, denn die Freilassinger mussten bisher das Gros der Anflugbelastung hinnehmen“, so Bucek, der auch der Meinung ist, dass das Thema Flughafen und Fluglärm vom Landeshauptmann zur Chefsache erklärt werden sollte. „Denn gerade jetzt nach der Wahl in Salzburg und dann nach der Bayernwahl sollte die Zeit genutzt werden, um das leidige DVO-Thema positiv für alle Beteiligten abzuschließen.“ Bucek hat nach dem Erscheinen des Artikels selbst auch die Minister Aigner und Scheuer angeschrieben und über seinen „Diskussionsanstoß“ informiert, also den Vorschlag, Bayern solle sich am Flughafen Anteile sichern.